

Bezugspreis:
Mietelshet. 30.- M. monat. 10.- M.
frei im Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 10.- M. einsehl. Zu-
stellungsgeld. Unter Kreuzband für
Deutschland, Dänzig, das Saar- und
Rheinland, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Oesterreich,
Ungarn und Zuzenburg 20.- M. für
das übrige Ausland 27.- M. Post-
bestellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigengeld:
Die wichtigste Reklameregelle
betreffend die Anzeigengeld-
steuer 1.50 M. (zu-
sätzlich zwei fettgedruckte Worte), je-
weil weitere Wort 1.- M. Stellenweise
und Schlußzeilenanfang das erste
Wort 1.- M. jedes weitere Wort
50 Pf. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnement Preis 2.- M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Erweiterungszulage.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 8 Uhr nachmittags im
Druckgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 6, abgegeben werden. Gedruckt
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15193-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Freitag, den 12. August 1921

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Lloyd George reißt ab!

Paris, 11. August. III. Im Verlaufe der Be-
sprechung von heute Abend hat Lloyd George dem
französischen Ministerpräsidenten erklärt, daß er soeben aus
Irland Nachrichten erhalten habe, die seine sofortige
Abreise nach London notwendig machen. Der eng-
lische Ministerpräsident erklärte, er sei gezwungen, Paris
morgen nachmittag zu verlassen. Es wäre jedoch
möglich, daß er die Reise im letzten Augenblick vertagen
könnte. Falls Lloyd George seine Abreise nicht vertagen
sollte, weiß man zur Stunde noch nicht, ob die Tagung
des Obersten Rates fortgesetzt werden kann, und ob Lord
Curzon in diesem Falle in Paris zurückbleibt, um die Ver-
handlungen weiterzuführen.

Die sehr naheliegende Vermutung, daß es sich bei den
betreffenden „Nachrichten aus Irland“ nur um einen diplo-
matischen Vorwand handelt und daß der wahre Grund
dieses auffahrender Entschlusses des englischen Premier-
ministers in der bisherigen Unmöglichkeit liegt, in der ober-
schlesischen Grenzfrage zu einem Einvernehmen mit Frank-
reich zu gelangen, wird durch nachstehende Meldung der Tele-
graphen-Union aus Paris bekräftigt:

Der Pariser Korrespondent der „Central News“ berichtet: Eine
offizielle Meldung kündigt an, daß Lloyd George und die eng-
lische Delegation morgen nach London abreisen werden, da kein
Einvernehmen in der ober-schlesischen Frage her-
gestellt werden konnte. Die französischen Vorschläge wider-
sprechen vollkommen den englischen und italienischen Vor-
schlägen. Als Grund der Abreise der englischen Delegation wird
die Ankunft de Valeras in London angegeben. Die Kritik
ist jedoch augenscheinlich. Der französische Ministerrat
wird morgen vormittag im Elysée zusammentreten. In letzter
Stunde glaubt man, daß Lord Curzon und die englischen
Sachverständigen in Paris bleiben werden. Das englische Kabinett
wird am Sonnabend eine Sitzung bezüglich der irischen Frage ab-
halten. Lloyd George wird morgen vormittag eine letzte Be-
sprechung mit Briand haben und am Abend nach London
abreisen.

Diese Meldungen werden durch Pariser Telegramme des
W.T.B. bestätigt. Danach teilt Havas u. a. mit, daß
Lloyd George die erwähnten Nachrichten aus Irland im
Laufe des Abends durch Flugzeuge erhalten, diese seien
zwar, wie es scheint, nicht so alarmierend, wie man zuerst
geglaubt habe, aber doch von einer solchen Bedeutung, daß
sich ein baldmöglichster Zusammentritt des Kabinetts not-
wendig mache.

Die Agentur Est-Europe berichtet ebenfalls aus Paris,
daß Lloyd George am Freitag vormittag abreisen werde,
und zwar mit Lord Curzon. Am Donnerstag Abend
hatten die beiden Ministerpräsidenten eine nochmalige Be-
gegnung. Nach diesem Telegramm wäre der französische
Ministerrat bereits am gestrigen Abend zusamen-
getreten. Während Briand um sieben Uhr abends die
Abreise Lloyd Georges als „noch nicht entschieden“ bezeichnete,
erklärte der englische Presseschef Lord Riddell den eng-
lischen Berichtstattern, die Abreise des Premierministers
werde am Freitag vormittag unbedingt erfolgen.

Wie es kam.

Paris, 11. August. (III.) Die Sachverständigen-
kommission hat heute vormittag ihren Bericht der Kon-
ferenz übergeben. Er ist nach den neuen Richtlinien aus-
gearbeitet worden. Briand und Lloyd George haben
bereits vormittags über diesen Bericht konferiert, konnten
sich jedoch nicht darüber einigen. Die Besprechungen, an denen auch
Lord Curzon teilnahm, hatten um 9,15 Uhr begonnen und
dauerten bis 11,15 Uhr. Dann verließen Briand und Loucheur die
Beratungen und kehrten zum Quai d'Orsay zurück, bevor sie nach
Rambouillet fuhren, wo der Präsident der Republik dem Obersten
Rat ein Frühstück gab. Es war leicht an den ersten Zügen
der beiden Minister abzulesen, daß die Verhandlungen schlecht
verlaufen sind. Man erfährt in der Tat später, daß die Be-
sprechungen nicht nur keine Annäherung herbeigeführt, sondern
vielmehr gezeigt haben, wie entgegengesetzt die Auffassungen sind.
Beide Parteien sind bei ihrem Standpunkt verblieben. Die un-
nachgiebige Haltung Lloyd Georges hat eine große Ent-
täuschung hervorgerufen. Als Briand nach Rambouillet ab-
fuhr, erklärte man im Quai d'Orsay: „Wir sind vor einer Mauer
angelangt, die nicht überschritten werden kann.“

Paris, 11. August. (W.T.B.) Ueber die Verhandlungen, die heute
vormittag zwischen Lloyd George und Lord Curzon einer-
seits und Ministerpräsident Briand und Loucheur andererseits
geführt wurden, um zu einer Entscheidung in der ober-schlesischen
Frage zu gelangen, berichtet die Havas-Agentur ferner, auf eng-
lischer Seite sei man wenig geneigt, Entgegenkommen zu zeigen.
Man halte sich an die Marini-Glinie, die abgesehen von
einigen Verbesserungen wesentlich den gleichen Grenzvorstoß ent-
hält wie die so genannte Percival-Linie. Französischeherfekt im
Gegenteil glaube man, daß eine derartige Grenzlinie für Polen
gänzlich ungeeignet sei. Als die Verhandlungen gegen

11 1/2 Uhr heute ihr Ende erreichten, sei man auf diesem Stand-
punkte angekommen. Es scheint also, daß der englische und der
französische Standpunkt aufs neue scharf gegenüberstehen.

Paris, 11. August. (W.T.B.) Der „Introspectant“ meldet in seiner
Abendausgabe: Der Optimismus von heute morgen ist voll-
ständig verschwunden. Man muß es frei aussprechen, daß
jetzt die schwierigsten Augenblicke sind. Die Lage ist sehr
gespannt. Vielleicht ist heute Abend eine Besserung zu verzeich-
nen. Gegenwärtig kann man nur eine solche erhoffen.

Den Ernst der Lage verrät auch der heutige Leitartikel des
„Temps“. Das Blatt hofft, daß man sich nicht beeilen werde,
um die Debatte vor das Forum des Obersten Rates zu bringen. Der
heutige Abend und der morgige Tag werden zeigen, ob man zu einer
gerechten Lösung gelangen könne. Eine solche hält der „Temps“ für
möglich, und er wünscht nur, daß diese erreicht werde. Sollte diese
aber nicht gelingen, so wäre es besser, die Frage offen zu
lassen, als daß man zu einem Abkommen gelange, das vom
französischen Volke nicht gebilligt werden könne. Man
müsse sich in solchem Falle über die Meinungsverschiedenheiten offen
aussprechen und erklären, daß Frankreich nicht die Verantwortung
am Scheitern trage. (Wer denn sonst? Red.)

Curzon und die Sachverständigen bleiben!

Nach Mitternacht meldet W.T.B.:
London, 11. August. Reuter meldet aus Paris:
Lord Curzon und die englischen Sachver-
ständigen bleiben in Paris, die Verhandlungen
über die schlesische Frage fortzusetzen. Lloyd George hat eine
neue Demarkationslinie an der polnischen Grenze
vorgeschlagen, die Briand den französischen Sach-
verständigen vorgelegt hat.

London, 11. August. (W.T.B.) Die Antwort der Sinn-
feiner auf die Friedensvorschläge wurde Chamberlain über-
reicht, der sie Lloyd George nach Paris übermittelte.

London, 11. August. (W.T.B.) Reuter erfährt aus wohlunter-
richteten Kreisen, daß die Antwort Devaleras eine Fort-
setzung der Verhandlungen wahrscheinlich macht
und nicht darauf berechnet ist, ihren Verlauf in der Zukunft zu
gefährden.

Keine direkten deutsch-polnischen Verhandlungen.

Berlin, 11. August. (W.T.B.) Amlisch. Verschiedene
Blätter bringen heute die Meldung der „Chicago Tribune“, daß
unmittelbare Geheimverhandlungen zwischen Ber-
lin und Warschau über Oberschlesien stattgefunden hätten, daß
England einen Druck auf Deutschland und Frankreich einen Druck
auf Polen ausgeübt habe zu dem Zweck, zwischen beiden Ländern
eine unmittelbare Lösung der ober-schlesischen Frage herbeizuführen.

Wie wir von amtlicher Seite erfahren, entbehren alle
diese Meldungen jeder Grundlage und sind völlig aus der
Luft gegriffen.

Der Reichskanzler hat zu wiederholten Malen und zu-
letzt in seinem Interwale vom 8. August mit dem Vertreter des
„Cuovo Giornale“ keinen Zweifel darüber gelassen, daß die
Zuteilung Oberschlesiens an Deutschland un-
abweisbar sei. Er hat ferner erklärt, daß die deutsche Regie-
rung, wie dies bereits in der Note an die alliierten Mächte vom
1. April geschehen ist, bereit und willens ist, nach Lösung der ober-
schlesischen Frage den wirtschaftlichen Aufbau Polens
in jeder Weise zu fördern. Er hat aber ausdrücklich hervorgehoben,
Voraussetzungen hierfür sei, daß von polnischer Seite das Stre-
ben nach unrechtmäßigen Zielen fortjalle.

Der Ernst der Lage.

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, hat der Reichs-
kanzler Dr. Wirth den Reichstagspräsidenten Genossen Paul
Coebe und den Vorsitzenden des Aussäuligen Ausschusses Dr.
Strefemann, die sich gegenwärtig auf Urlaub befinden, tele-
graphisch gebeten, in Anbetracht des Ernstes der Lage nach
Berlin zu kommen.

Deutschlands Barzahlungen.

Paris, 11. August. (W.T.B.) In Ergänzung der von
Deutschland bereits geleisteten Barzahlungen und der Summen,
die, wie früher mitgeteilt wurde, zur Einlösung der beiden ersten
Wechsel von der deutschen Regierung Anfang Juli gezahlt worden
sind, sind neuerdings zur Einlösung weiterer von ihr gemäß Artikel 5
des Zahlungsplanes übergebenen Schatzwechsel Zahlungen im Be-
trage von ungefähr 250 Millionen Goldmark geleistet
worden. Infolgedessen sind der deutschen Regierung von der Re-
parationskommission fünf weitere Schatzwechsel, von denen jeder
auf 10 Millionen Dollar lautet, zurückgegeben worden. Die Summe,
die zur Einlösung des achten Schatzwechsels erforderlich ist, befindet
sich auch schon in den Händen der Reparationskommission.

Kabinettsstelle als Folge der spanischen Marokko-Niederlage.
Aus Madrid wird gemeldet, daß das spanische Kabinett zurück-
getreten ist. Der Führer der Konservativen Maura ist mit der
Bildung des Kabinetts beauftragt worden.

Steuerprogramm und Produktion

Nach den Beratungen des Reichskabinetts über die Er-
fassung der Goldwerte zur Aufbringung der Wiedergut-
machungskosten ist von diesem Plane, der die Bezahlung der
Kriegskosten auf die tragfähigen Schultern gleich-
mäßig verteilen sollte, nur noch der Gedanke an ein Kompro-
miß übriggeblieben. Der Gedanke — denn nach den bis-
herigen Erfahrungen ist es keineswegs unwahrscheinlich, daß
auch dieser Kompromißversuch aus dem Steuerprogramm hin-
auskompromittiert werden soll. Mit ihrem bisherigen Verhalten
hat die Regierung die stille, zuweilen sogar die ausgesprochene
Zustimmung der Rechtsparteien gefunden, während selbst
demokratische Pressestimmen die Notwendigkeit einer beson-
deren Belastung der Sachwerte anerkannten. Die Börse tau-
melt von einer Hausse zur anderen. Eine vernichtendere Kritik
an dem Steuerprogramm, wie es bisher vorliegt, läßt sich
nicht mehr denken. Kein Wunder, denn die Vetter der Finanz-
geschichte des kaiserlichen Deutschland haben die Benützung,
daß von den altbewährten Systemen, die sie einstmalig
selbst vertreten haben, die das Reich in das Finanzelend der
Nachkriegszeit hineingeführt haben, außer im Punkte der
Körperschaftsteuer nirgends abgewichen wurde. Größere
Kahlen, aber keine neuen Wege. Da die Steuern sich
bisher dauernd vergrößert haben, ohne die Kapitalbildung
im geringsten zu beeinträchtigen, ist für den Besitz auch in
den neuen Steuern keine Beunruhigung zu befürch-
ten und im übrigen haben ja die bürgerlichen Vertreter des
industriellen und Börsenkapitals, die bekanntlich auch in den
Koalitionsparteien sitzen, genug Gelegenheit, den zu erwartenden
Vorlagen „die Ostzähne auszugleichen“.

Daß es so nicht geht, liegt auf der Hand. Die Folge-
erscheinungen der sogenannten Uebergangswirtschaft
sind noch lange nicht beseitigt, sondern sie beginnen im Gegen-
teil erst zu wirken. Sicherlich ist das beim Verbrauch der Fall.
Die Reichsregierung hat selbst anerkannt, daß die Existenzver-
hältnisse der Arbeiter, Angestellten und Beamten mit jedem
Tage schwieriger werden und daher in dankenswerter Weise
Schritte unternommen, um der Teuerungswelle zu begegnen.
Dadurch erwachsen dem Reich neue Ausgaben. Man kann
heute schon sagen, daß auch die augenblicklich zur Beratung
stehenden Lohnaufbesserungen nur vorübergehend der wirt-
schaftlichen Not abhelfen werden. Die Teuerungswelle, die
jetzt eingeseht hat, baut sich auf auf einem Brotpreise, der sich
durch die fortwährende Geldentwertung noch weiter erhöhen
muß, sie ist ferner noch nicht beeinflusst von der Erhöhung
der indirekten Steuern, insbesondere der Kohlen-
und Umsatzsteuer. Es ist also mit einer ganz gewaltigen Preis-
revolution zu rechnen, deren Ursachen jetzt noch gar nicht wirk-
sam sind, sondern erst später in Erscheinung treten werden.
Und es ist selbstverständlich, daß diese Geldentwertung im In-
land, die nur durch die Beschleunigung der Notenpresse für das
Reich erträglich gemacht werden kann, auch auf die Valuta
zurückwirken muß.

Mit der fortgesetzten Geldentwertung muß das Reich
rechnen. Schon darum kann es ihm nichts nützen, wenn es
sich auf direkte und indirekte Steuern stützt, die von einem
gleitenden Geldwert nichts oder wenig wissen. Hier bleibt
eben als einziges Mittel die Erfassung der Sachwerte,
deren Besitzer bisher völlig oder fast ganz unberührt von den
wirtschaftlichen Folgen der Geldentwertung geblieben sind und
die zudem alle neuerschaffenen Steuern auf den Verbrauch
abgewälzt haben. Die Korallen der Geldaufblähung sitzen
ja nicht nur in den Schiebercafés, sie finden sich auch
in den großen Industrieunternehmungen, beim Handelskapital
und vor allem beim landwirtschaftlichen Grundbesitz.

Es ist auffallend, daß die Erfassung der Goldwerte in
allererster Linie vom Reichswirtschaftsminister
verfochten wird, während der Reichsfinanzminister, den es
hauptsächlich angeht, dafür kein Verständnis zu haben scheint.
Herrn Wirth persönlich daraus einen Vorwurf zu machen,
liegt uns fern. Er hat zu seinem Reichsfinanzministerium die
Kabinettsführung übernommen und ist dadurch zu sehr über-
lastet, als daß er sich um die einzelnen Finanzgeschäfte des
Reiches so kümmern könnte, wie es der Ernst der Lage er-
fordert. Um so freieres Spiel haben die reaktionären Geister
des Reichsfinanzministeriums, das wie andere Reichsstellen
zu einem Sprungbrett für die Karriere von
Bankdirektoren und Aufsichtsräten gewor-
den ist; und daß eine Reihe der anderen kein Auge aus-
trakt, ist hinlänglich bekannt. Die Rücksichtnahme auf Wirth
darf aber unsere Genossen nicht abhalten, unbeirrt ihr Ziel
zu verfolgen, wenn die zufällige Zusammenfügung der Koali-
tion ihn zu der Rolle eines Bannerträgers der Reaktion in
Steuerfragen verurteilen sollte.

Daß die Erfassung der Goldwerte von dem wirtschaftlichen
Reffort der Reichsregierung so entschieden vertreten wird, hat
keine guten Gründe. Die Steuerfrage ist in hervorragendem
Maße eine Frage der Wirtschaftspolitik. Als der
letzte Konjunkturrückschlag über die deutsche Wirtschaft herein-
brach, waren sich alle Geister darüber einig, daß der Unter-
verbrauch der breiten Massen, die Schwächung der Kauf-

Der Kampf beginnt.

Wie wir gestern ausführlich mitteilten, tritt nunmehr der Artikel 167 der Reichsverfassung außer Kraft, der den Artikel 18 der Verfassung hinsichtlich der Vereinigung und Trennung von Ländern einschränkte. Es war von vornherein an dieser Stelle die Vermutung ausgesprochen worden, man werde bald von deutsch-hannoverscher Seite trotz aller Niederlagen Abspaltungsbestrebungen wahrnehmen können. Schneller als erwartet, hat sich diese Voraussage erfüllt. Wie halbamtlich mitgeteilt wird, beschwerten sich, je näher der Tag für den Ablauf der Sperrfrist kam, die Blätter der Deutschhannoverschen Partei darüber, preußische Regierungsstellen und insbesondere die Pressestelle beim Oberpräsidenten in Hannover bestellten sich, unwahre Angaben über das Verhalten Preußens der Provinz Hannover gegenüber zu verbreiten.

Demgegenüber weist das Preussische Staatsministerium auf seine Pflicht hin, durch die Klarstellung entstellte ausgetauchter Tatsachen die Aufrechterhaltung der Einheit des preussischen Staates zu verteidigen. Besonders verwahrt sich das Preussische Staatsministerium gegen die in einigen hannoverschen Blättern aufgetauchte Behauptung, daß seit 1866, d. h. seit der Annexion des ehemaligen Königreichs Hannover durch Preußen, die Provinz Hannover ständig zugunsten Preußens systematisch ausgebeutet worden sei.

All diesen Bestrebungen gegenüber kann nur nochmals die Hoffnung ausgesprochen werden, daß alle Beteiligten im Sinne der Einführungsbestimmungen des Artikels 18 der Reichsverfassung handeln und sich stets bewußt bleiben, daß die wirtschaftliche und kulturelle Förderung des Reiches bei der Neugestaltung von Ländern der entscheidende Faktor sein muß.

Frauen als Geschworene.

Der „Vorwärts“ hat in letzter Zeit verschiedentlich auf die Kämpfe um den Geschworenentwurf hingewiesen, der den Frauen das Recht auf die Schöffen- und Geschworenenämter erschließen soll. Wir haben im besonderen die Schimpfpannade der Rechtspreffe registriert, die eintrat, als bekannt wurde, daß die Reichsregierung beim Reichstag den Geschworenentwurf eingebracht hat, obwohl ihn der Reichsrat ablehnte. Jetzt wird sogar die „Deutsche Zeitung“ aus ihren eigenen Kreisen wegen ihrer Haltung zu dem Geschworenentwurf gerüffelt. Es heißt da:

Erstens: Gegenüber der Darstellung, daß die Vorlage dieses Gesetzes seinerzeit von einer Mehrheit des Reichstages gefordert worden sei, zu der auch die Frauen des Zentrums gehörten, muß festgestellt werden, daß an dem betr. Antrage die Frauen sämtlicher Parteien des Reichstages, von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, beteiligt waren.

Zweitens: Die Befürchtung Ihres Berichterstatters, daß die Bedenken des Reichsrates keinen Eindruck machen werden „auf die parteipolitisch bestimmten Fraktionen der Reichstagsmehrheit“, trifft in dem nämlichen, z. T. noch höheren Grade die Fraktionen der Reichsparteien. In einer Rundgebung neuesten Datums — veröffentlicht in der Deutschnationalen Korrespondenz des 13. Juli, also eine Woche nach dem gewichtigen Votum des Reichsrates — erklärte sich die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei ausdrücklich einverstanden mit der Zulassung der Frauen zum Wahlrecht. Dieser Rundgebung ging eine solche im Preussischen Landtage voran. Hier legten sich in den Justizdebatten die Vertreter beider Reichsparteien auf das weibliche Wahlrecht fest.

Das gewonnene Bild wird vom nationalen Standpunkt aus nicht erfreulich, wenn man vernimmt, daß auch der weibliche Parallelantrag zu dem der drei sozialistischen Reichstagsfraktionen, der die völlige Gleichstellung der Frau in der Justiz erstrebt (weibliche Anwältinnen, Gerichtsschreiber, Gerichtssozialarbeiter und Geschlechtslehre der Berufsrichterämter) einen deutschnationalen Einspruch enthält; wenigstens nennt die demokratische Frauenzeitschrift, der diese Nachricht entnommen ist, sämtliche weibliche Abgeordnete als an diesem Frauenantrage beteiligt. Es steht also fest, daß zum mindesten von den weiblichen Abgeordneten der Deutschnationalen Reichstagsfraktion die Freigabe der Justiz für die Frauen in vollem Umfang erstrebt wird.

Da für heute die Blamage der Deutschnationalen groß genug ist, verzichten wir auf eine besondere Randbemerkung zu dieser Annäherung politischer Heuchelei.

Einfuhrfreiheit für Brotgetreide.

Berlin, 11. August. (WTB.) Am 10. August fand eine Sitzung im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Hermes statt, in der die Frage der freien Einfuhr von Brotgetreide, Weizen und Roggen mit den in dem Ausschussrat der Einfuhrgesellschaft für Getreide und Futtermittel beteiligten Vertretern von Handel, Landwirtschaft und Mühlenindustrie erörtert worden ist. Sämtliche Vertreter der gesamten Wirtschaftsgruppen haben sich, namentlich mit Rücksicht auf die derzeitige Preisbildung für Weizen im Inland, einstimmig für sofortige, restlose Aufhebung der bisher bestehenden Einfuhrsperre für Brotgetreide ausgesprochen. Die Entscheidung des Reichsministeriums in der Frage soll schon in den nächsten Tagen erfolgen.

Russisch-amerikanische Verhandlungen

Riga, 11. August. (Dena.) Heute begannen hier die Verhandlungen zwischen dem Amerikaner Brown, dem Vertreter Hoovers und Litwinow über die amerikanische Hilfeleistung gegen die Hungersnot. Auf amerikanischer Seite nahmen außer Brown noch Caroli und Dulan teil.

Brown äußerte sich dem Vertreter der „Dena“ gegenüber über die Absichten Amerikas und stellte fest, daß zunächst nur eine amerikanische Hilfe für die Kinder geplant ist, die aber recht umfangreich sein solle. Der Transport der Lebensmittel soll bis zum Beginn des Winters über Riga und Reval gehen, dann aber durch das Schwarze Meer. Sechs freigelassene amerikanische Bürger trafen übrigens heute morgen aus Moskau in Reval ein.

Litwinow erklärte dem „Dena“-Vertreter über die erste, am Nachmittag stattgefundene Verhandlung: „Mr. Brown fragte an, ob mit den sechs amerikanischen Bürgern, die in Reval eingetroffen sind, alle amerikanischen Staatsangehörigen freigelassen seien. Ich erklärte, daß kein Amerikaner mehr gegen seinen Willen in Rußland sei. Sollten der Regierung sehr unbefangene Amerikaner wünschen, Rußland zu verlassen, so werde die Sowjetregierung keine Schwierigkeiten machen. Damit erklärte sich Mr. Brown persönlich befriedigt und teilte mir dann noch mit, daß er nur mit einem Vertreter der russischen Regierung, nicht mit irgendwelchen Kommissionen oder Komitees verhandeln werde.“

Das deutsche Hilfsangebot mit Dank angenommen.

Berlin, 11. August. (WTB.) In Verfolg der Rußland angebotenen Hilfsaktion des deutschen Roten Kreuzes ist heute dem deutschen Roten Kreuz vom russischen Roten Kreuz eine telegraphische Antwort zugegangen. Das russische Rote Kreuz erklärt, daß es nach Einvernehmen mit der russischen Regierung das Anerbieten des deutschen Roten Kreuzes vom 30. Juli mit Dank annimmt. Das russische Rote Kreuz betont, daß es der weitestgehenden Unterstützung der russischen Regierung sicher sei, und bittet das deutsche Rote Kreuz, die Einzelheiten in unmittelbarem Benehmen mit dem russischen Rote Kreuz zu regeln. Das russische Rote Kreuz begrüßt unter Betätigung seines vollen Einverständnisses mit den organisatorischen Grundlagen der gesamten Aktion die Bestrebungen des deutschen Roten Kreuzes zur Schaffung einer internationalen Rotkreuz-Hilfe.

Ein Delegierter des deutschen Roten Kreuzes ist bereits nach Moskau unterwegs.

Ein Hilferuf an das britische Volk.

London, 11. August. (WTB.) Eine dringender Aufruf an das britische Volk zugunsten der hungernden Bevölkerung in Rußland ist heute veröffentlicht worden. Unter den Unterzeichnern des Aufrufes sind zu nennen: Der Lord Mayor von London, der Erzbischof von Canterbury, der Marquis von Crowe und Asquith.

Deutscher Ausschuss und Jk.

Oppeln, 11. August. (TL.) Der Vorsitzende des deutschen Ausschusses für Oberschlesien, Landrat Dr. Lukaschek, hatte der Interalliierten Kommission Mitteilung von der Bildung des deutschen Ausschusses für Oberschlesien gemacht. Nunmehr hat die Jk. der Presse mitgeteilt, sie habe entschieden, daß sie auf ober-schlesischem Gebiet die Existenz einer Gesellschaft nicht dulden könne, welche im Namen der Bevölkerung Oberschlesiens oder eines polnisch oder deutsch gesinnten Teiles derselben behauptet, über den künftigen Besitz Oberschlesiens zu verhandeln. Die Kommission stellt überdies fest, daß es jetzt in Oberschlesien weder eine polnische noch eine deutsche Bevölkerung gibt. Es gibt gegenwärtig auf diesem Gebiete nur Einwohner Oberschlesiens, deren Interessen der Interalliierten Regierungskommission anvertraut sind. Infolgedessen wird der deutsche Ausschuss für Oberschlesien von der Jk. nicht anerkannt.

Dazu erzählt die TL., daß der deutsche Ausschuss für Oberschlesien niemals behauptet hat, er wolle über den künftigen Besitz Oberschlesiens verhandeln. Man ist beim deutschen Ausschuss selbst zur Genüge darüber unterrichtet, daß die Entscheidung nur dem Obersten Rat zusteht. Der deutsche Ausschuss bezweckt nichts anderes, als eine Zusammenfassung der deutschen Parteien in Oberschlesien. Im Gegensatz zu dieser Stellungnahme der Jk. ist bisher nicht bekannt geworden, daß die Jk. auch den polnischen Volksrat für Oberschlesien nicht anerkannt hat, der sich bekanntlich nach dem Muster des deutschen Ausschusses gebildet hat.

Polendemonstration für Deutschland!

Kybnik, 11. August. (WTB.) Am Dienstag abend fanden in zahlreichen Orten der Kreise Pleß und Kybnik von den Polen veranstaltete Versammlungen statt, in denen für das Verbleiben der beiden Kreise bei Deutschland demonstriert wurde. Die in diesen Versammlungen angenommenen Resolutionen und Telegramme, die an Lloyd George und den Obersten Rat gerichtet waren, brachten diesen Willen der Bevölkerung deutlich zum Ausdruck. Die polnischen Bewohner der beiden Kreise sind, soweit sie es nicht schon vorher waren, vornehmlich durch den letzten Putsch zur Erkenntnis gekommen, daß sie, wenn sie etwa Polen zugesprochen werden sollten, dem wirtschaftlichen Ruin verfallen würden.

Während im Kreise Pleß die Versammlungen in Ruhe und ohne Folgen verlaufen sind, kam es nach den Versammlungen im Kreise Kybnik zu blutigen Zusammenstößen. Die aus Kongresspolen und Großpolen herübergekommenen Polen und Halber-Leute fielen zusammen mit den Anhängern Korfantys in der Nacht zum Mittwoch über die demonstrierenden Versammlungsteilnehmer her und es kam zu schweren Schlägereien und Schießereien mit blutigem Ausgang. Auch die Franzosen beteiligten sich an diesen Zusammenstößen. Die Schießereien dauerten die ganze Nacht hindurch bis Mittwoch gegen 10 Uhr. Gerüchte, daß es sich hierbei um Angriffe deutscher Kommunisten aus Kybnik gehandelt habe, sind völlig aus der Luft gegriffen.

Beuthen, 11. August. (WTB.) Heute mittag kam es vor dem Sommernhotel zu einer schweren Schlägerei. Polen versuchten vorübergehenden Deutschen die Ordensbänder herunterzureißen. Erst dem Eingreifen der Polizei gelang es, die Ruhe wieder herzustellen.

Wiederverhaftung zweier Kommunistinnen.

Frankfurt a. M., 11. August. (Frkf. Jg.) Wie der „Kommunist“ berichtet, wurden die im Frankfurter Kommunistenprozess freigesprochenen Kommunistinnen Lehmann und Frau Simbol neuerdings wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz verhaftet und dem Gerichtsgefängnis zugeführt.

Haben die Beamten der in Frage kommenden „zuständigen“ Stellen keine ernstlichen Aufgebote?

Die Metallarbeiterausperrung in Braunschweig.

Braunschweig, 11. August. Bei den Verhandlungen zwischen Arbeitern und Arbeitnehmern der Metallindustrie unter Vorsitz des Ministers Scheinbrecher ist ein erweiterter Vergleichsvorschlag zustande gekommen. Falls dieser Vorschlag bis heute die Zustimmung der Arbeitnehmer findet, soll die Arbeit am Sonnabend wieder aufgenommen werden.

Bootsunglück auf dem Schlachtensee.

Donnerstag nachmittag um 3 Uhr beobachtete der Inhaber des Restaurants Alte Fischerhütte am Schlachtensee, wie ein Ruderboot infolge leichtsinnigen Schaukelns kenterte und die Insassen, ein Herr und eine Dame, ins Wasser stürzten. Beide kamen nicht mehr zum Vorschein. Als andere Boote zur Unfallstelle eilten, fanden sie nur die beiden Hüte der Ertrunkenen, sowie eine Handtasche, die der Dame gehört hatte, mit 9 M. Inhalt und einem Zettel, auf welchem die Adresse: Marie Bismarck, Möckernstr. 71, stand. Wahrscheinlich die Ertrunkenen mit dieser Person identisch. Nach stundenlangen Suchungen gelang es, die beiden Ertrunkenen gegen Abend zu finden. Bei dem Manne fand man eine Leihmütze, die von den Leuchtposten und Telegraphenwerken G. Lorenz u. G. in Tempelhof stammt und auf den Namen Hoffmann lautet.

Wirtschaft

Ernte- und Getreidepreise.

Es war niemals zweifelhaft, daß mit der Einführung des Umlageverfahrens die Preise für Brotgetreide im freien Handel auf die Grenze der Weltmarktpreise hinaufschleichen würden. Tatsächlich ist diese Grenze jetzt annähernd erreicht. So kosteten gestern im Großhandel an der Berliner Börse Doppelzentner märkischer Weizen drei Waggons 456, märkischer Roggen 348—354, Sommergerste 494—500, Hafer 330—336 M. Die Preise für märkische Getreidesorten wurden deshalb gewählt, weil zu ihnen die geringsten Frachtspeken kommen. Die Rotierungen für schlesische und westpreussische Ware sind entsprechend niedriger. Welche Gewinnmöglichkeiten dem Landwirt bei diesen Preisen bleiben, dafür ist eine Zusammenstellung sehr lehrreich, die das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft veröffentlicht hat.

Auf mittlerem Boden und bei normalen Wirtschaftsverhältnissen erntet man bei einer zweckentsprechenden Düngung, in der alle Pflanzenernährstoffe, Stickstoff, Phosphorsäure, Kali und Kalk, in ausreichender Menge dem Boden zugeführt werden, vom Hektar 18 Doppelzentner Roggen und 25 Doppelzentner Stroh oder 180 Doppelzentner Kartoffeln. Im Jahre 1913 hatte dieser Ertrag, den Doppelzentner Roggen zu 15,40 M. und den Doppelzentner Stroh zu 3 M. gerechnet, einen Wert von 332,20 M. Setzt man für 1921 für den Roggen den Umlagepreis von 210 M. für den Doppelzentner und 40 M. für den Doppelzentner Stroh, so ergibt sich ein Ertragswert von 4780 M. für den Hektar. Gegenüber 1913 hat sich also der Ertragswert von einem Hektar Roggen um 4427,80 M. oder um 1375 Proz. erhöht.

180 Doppelzentner Kartoffeln ergaben im Jahre 1913, den Doppelzentner zu 4 M. gerechnet, einen Ertrag von 720 M., dem im Jahre 1921 bei einem Preise von 60 M. für den Doppelzentner ein Wert von 10 800 M. gegenübersteht. Es hat sich also der Ertragswert der Kartoffelernte von einem Hektar gegenüber 1913 um 10 080 M. oder 1400 Proz. erhöht.

Also schon bei den Umlagepreisen ergibt sich eine Steigerung des Ertragswertes um rund 1400 Proz.! Da dieses Jahr trotz der üblichen Klagen der Landwirtschaft über den Ernteausfall aus verschiedenen Teilen des Reiches ein Kornretrag von 33—40 Zentner Roggen gemeldet wird, da ferner sicherlich nicht viel weniger Getreide wie von der Umlage erfasst wird, in den freien Handel kommt, wo der Preis mehr als das anderthalbfache des Umlagepreises beträgt, kann man sich einen Begriff von den Gewinnen machen, die der Landwirtschaft aus den neuen Preisfestsetzungen zufließen. In Bayern, das früher einen geringeren Brotpreis gehabt hat als Norddeutschland, wächst die Bewegung sogar der Regierung über den Kopf. Dort, wo man zuerst nicht laut genug für die Abschaffung der Zwangswirtschaft eintreten konnte, erlöst jetzt das Reichsministerium eine Bekanntmachung gegen den Lebensmittelwucher. Darin heißt es u. a.:

„Soweit die Preisfestsetzung dem sich frei auswirkenden Befehl der freien Wirtschaft entspricht, muß sie als notwendige Folge der Aufhebung der Zwangswirtschaft hingenommen werden. Es läßt sich aber nicht verkennen, daß zum Teil auch künstliche Maßnahmen die gegenwärtige wirtschaftliche Lage zum Schaden der Verbraucher auszuheilen suchen. So kommt es vor, daß in Erzeugung höherer Preise Warenvorräte, auf die der Verbraucher angewiesen ist, zurückgehalten werden oder daß gewissenlose Händler oder Warenbesitzer durch sinnloses Ueberbieten oder Ueberfordern die Preise künstlich in die Höhe treiben oder sich unerschwerlich zu bereichern suchen. Solche Mißbräuche oder Auswüchse der freien Wirtschaft können nicht scharf genug verurteilt werden, nicht nur wegen ihrer moralischen Verwerflichkeit, sondern auch wegen ihrer sozialen und staatspolitischen Folgen. Ihnen muß daher mit allem Nachdruck entgegengetreten werden. Die gesetzlichen Handhaben geben dazu neben den für einzelne Lebensmittel und Bedarfsgegenstände noch bestehenden landesrechtlichen Sonderbestimmungen die reichsrechtlichen Vorschriften.“

Der Appell, der übrigens in ähnlicher Form auch von der oberfränkischen Handelskammer an den Getreidehandel gerichtet worden ist, zeigt mehr guten Willen als volkswirtschaftliche Einsicht. Denn sonst hätte man sich im voraus sagen müssen, daß es so kommen würde. Weil sie es vorausgesehen hat, ist die Sozialdemokratie gegen die Bekämpfung der Zwangswirtschaft aufgetreten. Um so verwerflicher ist es, wenn landwirtschaftliche Verbände und Interessensvertretungen gegen die Durchführung der Umlagepflicht Propaganda machen mit der Begründung, die Ernte sei schlechter als man ursprünglich erwartet hatte. Auf den Reichsdurchschnitt trifft es bestimmt nicht zu, und die Tatsache, daß der Ertrag der diesjährigen Brotgetreideernte größer ist, als in früheren Jahren, kann niemand ernsthaft bestreiten.

Ein interessantes Beispiel für die Auswüchse, die bei den Roggenauktionen zuwege treten, bringt die „Soz. Marktkorrespondenz“. Hier berichtet der Herausgeber von einer Roggenauktion in Helm bei Wollensbüttel, an der er selbst teilgenommen hat. Er nahm dabei ursprünglich an, daß der Ertrag etwa 16 bis 17 Zentner pro Morgen betragen würde, woraus sich ein Höchstbetrag von 3145 M. auf den Morgen ergeben würde, von dem noch die Arbeitskosten für Mähen, Dreschen usw. abzuziehen wären. Er schreibt dann:

„Das zur Auktion stehende Roggenfeld wurde von mir und anderen Sachverständigen auf etwa 12 Zentner pro Morgen geschätzt, und es mußte ferner berücksichtigt werden, daß gerade dieser Roggen im Stroh ziemlich kurz geblieben war und daher etwas geringer bewertet werden mußte. Ich war daher der Annahme, daß ein Höchstgebot von etwa 1600 bis 1800 M. pro Morgen herauskommen würde. Ich staunte natürlich nicht wenig, als bei Beginn der Versteigerung als erstes Gebot sofort 1700 M. gerufen wurden. Und nun ging es Schlag auf Schlag weiter. 2040, 2420, 2700, 2800 M. und so weiter bis 3080 M., ohne daß hiermit das Höchstgebot erreicht war. Ich hielt es nun für geraten, mich jetzt aus dem Staube zu machen, weil ich diese Lotterie nicht länger mit ansehen konnte. Ich bin aber fest überzeugt, daß die Auktionsteilnehmer noch bis annähernd 4000 M. geboten haben. Was soll man von derartigem Unfug halten, wenn man sich gegenwärtig, daß zu den Bietenden nicht etwa nur Landwirte, sondern auch landliche Handwerker und Arbeiter gehörten? Wie wollen diese Leute wohl bei solchem Unverstand auf ihre Kosten kommen, und wie wollen sie auf der anderen Seite dem Preisabbau in der Landwirtschaft die Wege ebnen, wenn sie den Auktariern immer wieder den Beweis liefern, daß die Feldfrüchte für sie einen so unglaublichen Wert haben? Ich meine, es wäre viel richtiger gewesen, wenn sich die minderbemittelten Auktionsteilnehmer zusammengerottet und diejenigen mit Knäppeln vom Felde getrieben hätten, die es wägen, für diesen Roggen mehr als 2000 M. pro Morgen zu bieten. Jedenfalls sollen sie sich gesagt lassen, daß sie mit solchen Lorbeilen nicht nur sich selbst und ihrer Arbeitsfähigkeit ein großes Unrechtszeugnis ausstellen, sondern vor allem auch ihren großstädtischen Arbeitskameraden in den Rücken fallen und deren gerechten Kampf um erträglichere Lebensbedingungen einfach zunichte machen. Dabei an den Prenger mit solchen Verrätern an den wichtigsten Lebensinteressen des Volkes!“

Wir glauben, daß auch diese Art der Selbsthilfe zur dauernden Niedrighaltung der Preise nicht führen wird. Der Vorfall ist aber ein neues Beispiel für die geradezu ungeheuerlichen Gewinne, die die Landwirtschaft jetzt zieht, ohne daß ihnen bei dem gegenwärtigen System daraus ein Vornur gemacht werden kann. Um so mehr muß der steuerliche Zugriff durch die Auflage einer Goldhypothek erfolgen, soll wenigstens ein Teil der auf Kosten der Allgemeinheit erzielten Profite ihr wieder zugeführt werden.

Aufhebung der Zwangswirtschaft für Rübenzucker. Eine Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft —, die Verordnung über Rübenzucker vom 21. Oktober 1920 auf. Damit ist die Herstellung und der Vertrieb von Rübenzucker von den letzten Beschränkungen der Zwangswirtschaft befreit worden.

Gewerkschaftsbewegung

Das Ergebnis der Metallarbeiterwahl.

Sozialdemokratische Mehrheit.

Auf dem letzten Verbandstag des Deutschen Metallarbeiterverbandes im Oktober 1919 fanden eine unabhängige Mehrheit von 190 Stimmen nur 130 Sozialdemokraten gegenüber. Im Laufe der letzten beiden Jahre hat sich dieses Verhältnis gründlich geändert. Die letzten Wahlen, deren endgültiges Ergebnis soeben festgestellt wurde, brachten zunächst einen glänzenden Sieg der Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung über die Moskauer Gewerkschaftsrichtung. Darüber hinaus bedeuten die Wahlen einen schönen Erfolg für unsere Parteigenossen. Von 781 Mandaten haben sie mit 410 die absolute Majorität auf der Verbandsgeneralsammlung. Die Mandate verteilen sich auf die einzelnen Bezirke und Fraktionen wie folgt.

Bezirk	SPD.	USPD.	APD.	Parteilos
Berlin	27	50	—	—
Bielefeld	12	8	—	—
Brandenburg	12	6	4	—
Breslau	26	7	5	—
Dresden	42	47	11	—
Erfurt	6	13	11	—
Essen	36	20	12	—
Frankfurt	49	9	10	1
Hagen	16	19	21	—
Halle	24	16	—	—
Hamburg	39	13	—	—
Hannover	20	5	—	—
Köln	26	4	4	—
Kärnten	16	17	15	—
Stettin	8	8	4	—
Königsberg	1	4	—	—
Stuttgart	49	19	17	—
Summa	410	236	114	1

So glänzend das Resultat für die Amsterdamer Internationale und für die parteigenössischen Metallarbeiter ist, so darf doch nicht die Tatsache übersehen werden, daß die Kommunisten mit 114 Mandaten auf der Generalsammlung erscheinen.

Dieses Ergebnis zeigt, daß ihre Reichsgewerkschaftszentrale nicht ohne Erfolg gearbeitet hat. Aus dieser Tatsache ziehen wir die Schlussfolgerung, daß unsere Genossen, daß alle jene, die Anhänger einer praktischen Gewerkschaftsarbeit sind, wie sie die der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale angeschlossenen Organisationen betreiben, noch eine große und schwere, aber dankenswerte Aufgabe in den Gewerkschaften zu erfüllen haben. Wenn die Entwicklung wie in den letzten beiden Jahren ihren Fortgang nimmt, und wenn wir in kluger aber energischer Weise den Kampf gegen jede Zerstörung der Gewerkschaften führen, dann wird auch bald der letzte Arbeiter von der Verderblichkeit der Moskauer Gewerkschaftspolitik überzeugt sein und mit uns für die Einheit der deutschen und der internationalen Gewerkschaftsbewegung kämpfen.

Der Ausfall der Wahl zum Metallarbeiterverbandstag ist für uns ein Ansporn zu neuer Arbeit und gibt uns die frohe Hoffnung, daß in nicht allzu ferner Zeit der ganze kommunistische Spud verfliegen sein wird.

Der Komba.

In unserer Nr. 364 brachten wir unter obiger Überschrift einen Artikel, der bei unseren in der Komba organisierten Parteigenossen lebhaften Widerspruch hervorrief. Es handelt sich nach ihrer Meinung dabei um eine aus Konkurrenzrücksichten geborene „Anrempelung“ des JdL. Da wir nicht die Absicht haben, unsere Spalten zur Austragung irgendwelcher Grenzstreitigkeiten zu öffnen oder einseitig zu ihnen Stellung zu nehmen, geben wir im Nachstehenden das Wesentlichste aus einer Erklärung wieder, die die in der Komba organisierten Parteigenossen uns übersenden. In ihr heißt es u. a.:

„Es dürfte hinlänglich bekannt sein, daß ein großer Teil der Parteigenossen im Beamtenverhältnis die neutrale Organisation für die Beamtenenschaft als die einzig geeignete ansieht und sich darum unbeschadet ihres politischen Bekenntnisses mit vollster Ueberzeugung an dem Abwehrkampf sowohl gegen die freigewerkschaftliche Beamtenbewegung als auch gegen die christlich-nationale und gegen die nationale Bewegung beteiligt, weil sie in beiden Bestrebungen zurzeit eine schwere Schädigung der Beamtenbelange

sieht. Es gibt unter ihnen zahlreiche, die gerade aus einer hohen Auffassung ihres Sozialismus heraus um des Dienstes am Volke willen glauben, die Beamtenorganisationen auf einer Linie halten zu müssen, die den Angehörigen aller Parteien das Verbleiben und die Zusammenarbeit ermöglicht.“

Die Behauptung, der Komba „schwimme im Fahrwasser der Deutschen Volkspartei“ wird ganz energisch zurückgewiesen und dabei betont, es sei allgemein üblich, „daß die Gewerkschaften sich in den Parteien, zu denen ihre Mitglieder gehören, Stellung verschaffen“. Der Komba hat, so heißt es weiter, „beim ADGB seine Anerkennung als Gewerkschaft nie beantragt. Die unter dem Einfluß des JdL vom Vorstand des ADGB am 15. November 1920 gegebene Antwort war keine Ablehnung einer beantragten Anerkennung, sondern eine von falschen Gesichtspunkten und Voraussetzungen ausgehende, den Organisationsinteressen des JdL Rechnung tragende, einseitige Äußerung“.

Dieser Behauptung gegenüber betonen wir mit allem Nachdruck, daß sich der Vorstand des ADGB nie von solchen kleinlichen Gesichtspunkten leiten läßt, daß vielmehr das Wohl der gesamten Hand- und Koppfarbeiterschaft alle seine Handlungen entscheidend beeinflusst.

Zu dem in dem genannten Artikel veröffentlichten Vorschlag des Bildungsausschusses wird bemerkt, daß er niemals zum Beschluß erhoben worden ist, sondern daß, wie wir ja auch bereits mitteilten, Volks- und Mittelschüler nicht mehr nur ausnahmsweise zu den Beamtenprüfungen zugelassen werden. Weiter wird in der Erklärung darauf hingewiesen, daß, wie jeder andere Stand, auch der Stand der Kommunalbeamten seine „Wissenschaft“ hat, und es dürfte kaum einen ernsthaften Kommunalpolitiker unter unseren Genossen geben, der nicht wünschen möchte, daß für den öffentlichen Dienst, der ein Dienst am Volke ist und nach unserer Auffassung immer mehr werden muß, die besten Kräfte gerade gut genug sind. Daß die Volks- und Mittelschulen solche Kräfte liefern können, ist im Komba vor allen anderen Beamtenverbänden stets anerkannt worden, und man kann seine Annahme- und Ausbildungsgrundhöhe, von unserem sozialistischen Standpunkt aus gesehen, als ein Muster verständiger und weitherziger Beamten- und Volkspolitik ansehen. Mit Standesdünkel und mangelnder Solidarität haben sie nicht das mindeste zu tun“.

Wir haben immer die Arbeit der fortschrittlich gesinnten Elemente in den Beamtenorganisationen anerkannt und werden sie auch in Zukunft unterstützen. Nichts lag uns ferner, als sie durch den Komba-Artikel zu beleidigen oder abzustößen. Wir werden vielmehr unsere besten Kräfte daransehen, die Einheitsfront aller Arbeitenden herzustellen. Das entbehrt uns aber nicht der Verpflichtung, die Maßnahmen der Einzelorganisationen einer strengen Kritik zu unterziehen. Davon kann uns nichts, aber auch gar nichts abhalten. Diese Kritik wird aber niemals einseitig sein, sie wird immer geübt werden unter Berücksichtigung der bestehenden Verhältnisse und der sich aus ihnen ergebenden Möglichkeiten. Sie soll, was auch die Erklärung der parteigenössischen Mitglieder in der Komba am Schluß besagt, dazu beitragen, die Gegensätze organisatorischer Art zu überbrücken, der Arbeiterbewegung im weitesten Sinne und dem Volksganzen zum Wohle gereichen.

Zur Gewerbegerichtswahl.

Am Sonntag, den 21. August d. J., von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, finden die Wahlen zu den Gewerbegerichten der Stadt Berlin statt. Die Arbeiterschaft wählt diesmal seit Jahren wieder zum erstenmal zum Gewerbegericht. Da daselbst für die Zukunft eine erhöhte Bedeutung erhält, ist es notwendig, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen zur Wahl gehen. Wahllegitimationen sind durch die Gewerkschaften erhältlich. Jeder Wahlberechtigte hat dieselbe von seinem Arbeitgeber oder dem zuständigen Polizeirevier unterschreiben und kempeln zu lassen. Da voraussichtlich 5 Arbeitnehmerbeihilfen zur Wahl gehen, ist es Pflicht der organisierten Arbeiterschaft, alles daran zu setzen, daß alle 250 Arbeitnehmerbeihilfen der freien Gewerkschaften gewählt werden. Arbeiter, Arbeiterinnen! Wählt nur die

Liste der freien Gewerkschaften!

Am Freitag, den 19. August, von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, findet die Wahl der Arbeitgeberbeihilfer statt. Zu dieser Wahl haben die sozialistischen Parteien in Gemeinschaft mit der wirtschaftlichen Organisationen eine

Liste der freien Arbeitgeber

aufgestellt. Deshalb wählen alle sozial denkenden Arbeitgeber nur die Liste der freien Arbeitgeber. Die Arbeiterschaft hat die Pflicht, darauf zu achten, daß alle ihr bekannten Arbeitgeber zur Wahl gehen und für die obige Liste stimmen.

Auch die Arbeitgeber haben sich für die Wahl eine Wahlberechtigung, die im Wahlbureau des Magistrats, Stralauer Str. 44/45, Zimmer 9, erhältlich ist, zu besorgen und durch die Polizei oder Gemeindebehörde beschreiben zu lassen.

Der Streik der Berliner Zimmerer beigelegt.

Die gestrige Jobstellensammlung nahm Kenntnis von den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium. Sie stellte fest, daß das Ergebnis nicht befriedigend ist, stimmte aber unter Berücksichtigung der Verhältnisse dem Vorschlag der Schlichtungskommission und des Vorstandes wie folgt zu:

Der Stundenlohn der Zimmerer erhöht sich vom Tage der Arbeitsaufnahme von 7,50 M. auf 7,80 M. pro Stunde. Die Entschädigung für das im Tarifvertrag aufgeführte Werkzeug erhöht sich von 10 auf 15 Pf. Die Zeit vom 22.—26. Juli wird mit dem Vergleichsvorschlag des Bezirksrahmantes in Höhe von 60 Pf. pro Stunde nachgezahlt. Die Arbeit wird am Freitag, den 12. August, wieder aufgenommen. Die Zimmerer in den Metallbetrieben dürfen die Arbeit nur unter den neuen Lohnbedingungen aufnehmen. Wo diese neuen Löhne nicht gezahlt werden, gelten die Betriebe für Zimmerer gesperrt.

Die Betriebsräte der Zimmerer in den Metallbetrieben kommen heute nachmittag um 5 Uhr im Verbandsbureau zusammen.

Die Schuhmacher zur Lohnfrage.

Die im Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands (Filiale Berlin) organisierten Schuh- und Reparaturschuhmacher nahmen in einer stark besuchten Versammlung zur Lohnfrage Stellung. Nach einem einleitenden Referat des Branchenleiters Schüler stellten sich die Diskussionsredner einmütig auf den Standpunkt, daß infolge der herrschenden Teuerung unter allen Umständen in eine Lohnbewegung einzutreten ist. Einmütig wurde beschlossen, den Minimallohntarif, der bis zum 30. September d. J. Geltungsdauer hat, zu kündigen. Gefordert wird ein 20proz. Zuschlag für die Stundenlöhne, ein 40proz. Zuschlag für Akkordlöhne, ferner Entschädigung für Furnituren und Gewährung von Ferien für Arbeiter von 3 bis 7 Tagen, die länger als 3 Monate bis zu einem Jahre in Beschäftigung stehen. Der Tarifkommission wurde beauftragt, diese Forderungen den Arbeitgebern zu unterbreiten und mit aller Energie zu vertreten. Die Kollegenchaft ist entschlossen, nötigenfalls ihre berechtigten Forderungen mit allen Mitteln zu erkämpfen. Diese Stimmung kam in der Versammlung einhellig zum Ausdruck.

Ende des Kölner Buchdruckerstreiks.

Nach der „Ill.“ werden die Kölner Buchdrucker heute die Arbeit allgemein wieder aufnehmen. Die Parteien haben sich dahin geeinigt, daß die bestehende Beihilfenbeihilfe von 45 M. und die vor dem Reichsministerium am 25. Juli vereinbarte Zulage sowie eine außerordentliche Zulage, wie sie jetzt in Offen beschlossen worden ist, vom Freitag, den 5. August, ab bezahlt wird. Das bisherige Arbeitsverhältnis soll in sämtlichen Buchdruckereien wieder hergestellt werden. Gehilfen, die während des Streiks nachweisbar ihre Arbeitgeber oder ihre Angehörigen tätlich beleidigt haben, brauchen von diesen Arbeitgebern nicht wieder eingestellt zu werden.

Der Streik der Angestellten im Kähler Steinkohlenbergbau, der seit dem 13. Juli 1921 andauert, ist auf Grund eines Einigungs-vorschlages des Reichsarbeitsministeriums mit Wirkung vom 8. August 1921 abgebrochen worden.

In der braunschweigischen Metallarbeiterausperrung fanden gestern erneute Einigungsvorhandlungen statt, über deren Ergebnis noch nichts bekannt ist.

Deutscher Bauarbeiterverband. Ab 12. August erfolgt die Auszahlung der Sonderbeihilfen an alle länger als 26 Wochen erwerbslos Mitglieder unserer Organisation im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, Zimmer 53. Erwerbslose, die inzwischen in Arbeit getreten sind und Anspruch auf die Sonderbeihilfe haben, können diese nachmittags von 4—6 Uhr selbst oder durch eine mit ausreichender Legitimation versehenen Vertreter in Empfang nehmen. Kollegen, welche zum Bezug der Unterstützung die Voraussetzungen nicht erfüllen, jedoch glauben, Ansprüche erheben zu können, haben diesbezügliche Anträge bis Sonnabend, den 20. August, bei dem Fürsorgeausschuß zu stellen. Zur schnelleren Erledigung ist zu empfehlen, daß sich jeder Kollege vom Bureau eine Bescheinigung über seine bezogene Unterstützung holt. Der Vereinsoorstand.

Kartonnagenarbeiter! Die Firma Schefflan, Schönhauser Allee 167a, ist für Handkartonnagenarbeiterinnen wegen unantwärtlicher Bezahlung bis auf weiteres gesperrt. Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands.

Deutscher Transportarbeiterverband. Tabakbranche: Heute 7 Uhr bei Geizwe, Rungestr. 20, Funktionärversammlung.

Beihilfenbeihilfer bei der SPD-Berlin. Montag 6 Uhr bei Schulz, Berlin C., Königgraben 2. Redeversammlung der Beihilfenbeihilfer bei der SPD-Berlin für sämtliche örtlichen Beihilfenbeihilfer und Betriebsbeihilfer.

Verantwortl. für den redakt. Teil: Dr. Werner Weiler, Eberlethenburg; für Anzeigen: Th. Weide, Berlin. Verlag: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Einzelne 4 Pf., Berlin. Einzelne 2 Pf., Berlin. Einzelne 1 Pf., Berlin.

Besonders billige Angebote

Damen-Strümpfe	schwarz, feinfädig ...	6 ⁹⁵
Dam.-Strümpfe	schw. m. Doppelsohle und -ferse	9 ⁷⁵
Dam.-Strümpfe	schw. od. farb. m. Doppels. u. -ferse	16 ⁹⁵
Scheibengardinen	höbsche Must. Mtr.	6 ⁸⁵
Tüllgardinen	volle Breite	11 ⁷⁵
Künstlergardinen	2 Schals 1 Querbehg.	69 ⁵⁰
Cheviot	Reine Wolle, etwa 105 cm breit marine oder schwarz ... Meter	39 ⁵⁰
Kammgarn-Serge	Reine Wolle, versch. Farb. Mir.	49 ⁵⁰
Rock-Schotten	etwa 140 cm breit, schw. Qual. Meter	58 ⁵⁰
Isolierflasche	1/2 Liter	13 ⁵⁰
Alpaka-Kaffeelöffel		3 ⁹⁵
Alpaka-Esslöffel		7 ⁵⁰
Waschbecken	grosse Form, creme oder bunt ...	15 ⁹⁵
Wasserkannen	gross, creme oder bunt	12 ⁹⁵

Lebensmittel

Weisskohl	Pfund 70 ^{pt}	Kartoffelmehl	Pfund 375	Tilsiter Käse	Pfund 800
Wirsingkohl	Pfund 60 ^{pt}	Tafelreis	Pfund 395	Brie-Käse	Pfund 820
Rohkohl	Pfund 90 ^{pt}	Roggenmehl	Pfund 295	Dän. Gouda-Käse	Pfund 1150
Rindertalg	Pfund 9 ²⁵	Kaffee frisch gebr. 1/2 Pfd.	9 ⁰⁰ 11 ⁰⁰	Kaninchen gefroren	Pid. 3 ⁹⁰
Grüne Gurken	Pfund 110	Maisgries ensblittert u. ensbl	Pfund 295	Backstein-Käse	Pfund 900
Zwiebeln	Pfund 130	Corned beef ausgewogen	Pid. 720	Salzheringe groß	50ck 25 ^{pt}
Bücklinge geräuchert	Pfund 450	Kakao garanti. rein 1/4 Pfd.-Paket	400	Neue Fettheringe	50ck 95 ^{pt}

Frisches Fleisch

Hammel-Vorderfleisch	Pfund 9 ⁵⁰
Hammel-Keule	ganz od. geteilt Pfund 10 ⁵⁰
Kalb-Vorderfleisch	Pfund 9 ⁵⁰
Kalbs-Keule	ganz oder geteilt Pfund 10 ⁵⁰
Suppenfleisch	Pfund 8 ⁵⁰
Schmorfleisch	mit Knochen Pfund 11 ⁵⁰
Gehacktes	Pfund 10 ⁵⁰
Gulasch	Pfund 11 ⁰⁰

Wurstwaren

Leberwurst	nach Hallescher Art Pfund 11 ⁰⁰
Rotwurst	Pfund 11 ⁰⁰
Jagdwurst	Pfund 18 ⁰⁰
Große Mettwurst	Pfund 21 ⁰⁰
Geräucherter Speck	Pfund 14 ⁰⁰
Würstchen (Amerikan.)	in Dosen Dose 5 ⁷⁵
Margarine	Pfund 8 ⁹⁵
Dänische Sahne	große Flasche 6 ²⁵

JANDORF

Belle-Alliance-Str. Große Frankfurter Str. Brunnenstr. Kottbuser Damm Wilmsdorfer Str.

Die künftige Gemeindepolitik Berlins.

Kampf um die Macht. — Erforderlich eine wirklich sozialistische Mehrheit.

Die Neuwahlen zur Berliner Stadtverordnetenversammlung werden ein innerpolitisches Ereignis ersten Ranges. Solange die bürgerlichen Parteien unter dem Schutze des Dreiklassenwahlrechts die unumschränkte Herrschaft in den Gemeindeverwaltungen hatten, vertraten sie mit großem Eifer den Standpunkt, daß politische Gesichtspunkte aus der Kommunalverwaltung ferngehalten werden müßten. Politik war aber niemals das, was die bürgerlichen Vertreter, die Hausbesitzer usw. in der Wahrung ihrer Interessen trieben, sondern Politik lag immer nur in dem Bestreben der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, auch einen entsprechenden Einfluß in der Gemeindeverwaltung zu erlangen.

Diese verlogene „Scheu“ des Bürgertums vor kommunaler Politik ist aber sehr schnell geschwunden, als nach der Einführung des gleichen und geheimen Wahlrechts in den Gemeinden ihre Vorherrschaft ins Wanken kam. Seht befaßten sie sich nicht einen Augenblick, nicht nur politische, sondern nackte parteipolitische Gesichtspunkte und Interessen ihrem Handeln zugrunde zu legen. Herr v. Egnern von der Deutschen Volkspartei hat in der „Tägl. Rundschau“ mit dürren Worten erklärt, daß die vorgekommenen formalen Unregelmäßigkeiten nur der äußere Grund für die Anfechtung der Berliner Stadtverordnetenwahlen seien, daß in Wirklichkeit hierfür der Wunsch maßgebend war, bei Neuwahlen die sozialistische Mehrheit durch eine bürgerliche zu ersetzen. Um dieses Ziel, nicht um die besonderen Bestrebungen der einzelnen Parteien, wird sich daher auch der bevorstehende Wahlkampf drehen, der damit zu einem Wahlkampf zwischen den vereinigten bürgerlichen Parteien und den sozialistischen Volksgenossen wird. Eine verlogene Phrase ist es, wenn die bürgerlichen Parteien die Befestigung der sozialistischen Mehrheit als Entpolitisierung der Gemeinde, als Rückkehr zu rein sachlicher Arbeit preisen werden. Lediglich bürgerliche an die Stelle der sozialistischen Politik zu setzen, ist ihr Wunsch.

Wie steht es nun aber mit der bisherigen sozialistischen Mehrheit, die in Wirklichkeit eine sozialistisch-kommunistische war? Die Groß-Berliner Parteigenossenschaft der SPD. ist nicht nur von den bürgerlichen Parteien, sondern auch in der eigenen Partei wegen der Bildung dieser Linksmehrheit und der dementsprechenden Zusammenfassung des Magistrats heftig angegriffen worden. Man hat darin einen Verstoß gegen den Grundgedanken der Demokratie erblickt, daß die bürgerlichen Fraktionen nicht entsprechend ihrer Stärke im Magistrat vertreten sein sollten. Als ob Demokratie gleichbedeutend sei mit Verhältniswahlrecht und nicht vielmehr Herrschaft der Mehrheit bedeutet. Dabei sollte nach unserem Willen die politische Zusammenfassung des Magistrats keineswegs die Auswahl nach der Tüchtigkeit beeinträchtigen, und unsere Fraktion hat ihren Einfluß in der Stadtverordnetenversammlung in diesem Sinne mit Erfolg geltend gemacht. (Oberbürgermeisterwahl u. a.) Man sollte auch das bürgerliche Rasenrumpfen über die angebliche Unfähigkeit der sozialistischen Stadträte nicht allzu ernst nehmen. Die bürgerlichen Fraktionen haben alle sozialistischen Kandidaten, auch diejenigen, die akademisch gebildete Verwaltungsbeamte sind und deren Fähigkeiten allseitig anerkannt wurden, aus rein parteipolitischen Gründen abgelehnt. Haben die bürgerlichen Parteien überhaupt schon jemals einen sozialdemokratischen höheren Beamten als fähig anerkannt? Und über die Fähigkeiten der früheren rein bürgerlichen Magistrate ließe sich doch wirklich manches kritische Wort sagen. Andererseits hätte aber unsere Partei niemals die Verantwortung dafür tragen können, die vorhandene Gelegenheit, entsprechend dem Willen der Mehrheit der Berliner Bevölkerung und entsprechend den gesetzlichen und finanziellen Möglichkeiten eine fortschrittlich-sozialistische Kommunalpolitik zu treiben, völlig ungenutzt zu lassen. Dabei sollte die positive Mitarbeit und Mithatverantwortung der bürgerlichen Minderheit, falls sie hierzu ernsthaft bereit war, keineswegs ausgeschaltet werden.

Wenn wir nun heute das Ergebnis dieser sozialistisch-kommunistischen Koalition betrachten, so müssen wir aber offen zugeben, daß der Versuch gescheitert ist. Die Kommunisten haben ihr Versprechen, praktische Arbeit in der Gemeindeverwaltung im Interesse der Arbeiter zu leisten, fast vom ersten Tage an und fortgesetzt gebrochen. Sie haben wochenlang den Janhagel mit seinen Stinkbomben auf die Tribüne der Stadtverordnetenversammlung geführt und wiederholt die Sprengung der Versammlung erreicht. Sie haben einen Hagel von Anträgen fortgesetzt auf die Stadtverordneten heruntergeschleudert, von deren teilweise praktischer Unersetzbarkeit sie innerlich selbst überzeugt sein mußten. Sie haben fortgesetzt, bar jedes Verantwortlichkeitsgefühls, alle Kreise der Bevölkerung zu weitgehenden Forderungen an die Stadtverwaltung aufgereizt, um jedesmal höhnisch abzulehnen, wenn für die von ihnen geforderten Ausgaben auch Einnahmen geschaffen werden sollten. Die Hauptagitationsmittel gegen das sozialistische Berlin sind so den bürgerlichen Parteien und den Kommunisten geliefert. Die Kommunisten und ihre Presse haben sich keinen Augenblick als einen Teil der „sozialistischen“ Verwaltung Berlins betrachtet, sondern jede Gelegenheit zur widerlichsten Bekämpfung derselben benützt, und sie haben zuletzt „grundständig“ den Etat abgelehnt. Sie sind damit ihrer Politik treu geblieben, die sie auch in Thüringen und Sachsen treiben, wo sie gemeinsam mit den Rechtsparteien die zunächst im Einverständnis mit den Kommunisten gebildeten Linkserregungen führten. Ich halte es daher für ganz ausgeschlossen, daß wir die SPD. für die Zukunft als einen ernsthaften Faktor in die Rechnung einer sozialistischen Stadtverordnetenmehrheit einlegen.

Anders liegen die Verhältnisse bei den Unabhängigen. Sie haben zwar häufig genug, in feiger Konkurrenzangst, daß die Kommunisten sie in Radikalismus übererumpfen könnten, kommunistische Anträge unterstützt und ihre Stellungnahme von rein agitatorischen Rücksichten leiten lassen. Ihre Politik als Ganzes genommen muß aber immerhin anerkannt werden, daß die Unabhängigen das Bewußtsein ihrer Verantwortung nicht ganz vermissen ließen und ihre Handlungen wenigstens teilweise danach einzurichten bemüht waren.

Nun haben allerdings die Unabhängigen gemeinsam mit den Kommunisten den städtischen Etat und die Erhöhung der Gas- und Elektrizitätspreise abgelehnt, die zur Befundung der städtischen Finanzen unumgänglich war. Sie werden sich vollständig darüber klar sein, daß eine regierende Partei, die ihrer eigenen Regierung den Etat verweigert, andererseits aber gar nicht daran denkt, ihre Vertreter aus der Regierung (Magistrat) zurückziehen, sich dem Geheiß aller ernsthaften Politiker aussetzt. Nun ist es ein offenes Geheimnis, daß die Ablehnung des städtischen Etats in der unabhängigen Fraktion nur mit knapper Mehrheit beschlossen ist, und daß diese Haltung in der unabhängigen Parteiorganisation lebhaften Widerspruch hervorgerufen hat. Es wäre wirklich keine Schande für die unabhängige Partei, den Fehler ihrer Etatabstimmung offen zuzugestehen. Jedenfalls muß, wenn die U.S.P. Wert auf eine weitere kommunalpolitischen Koalition mit uns legt, von ihr klar Farbe bekannt werden. Eine regierende Partei in Berlin darf nicht nur solchen Beschlüssen zustimmen, mit denen sich leicht politische Geschäfte machen lassen, sondern sie muß auch die Verantwortung für die notwendigen unangenehmen Beschlüsse übernehmen. Ein engeres Zusammenarbeiten zwischen den beiden Fraktionen in Zukunft würde sicherlich viel zur Schaffung einer gemeinsamen Linie beitragen können. Wir bedanken uns jedenfalls in Zukunft für die Rolle, Ausgaben, Lohnerhöhungen, Arbeitslosenunterstützungen usw. gemeinsam mit Unabhängigen und Kommunisten, Einnahmen aber, neue Steuern und Abgaben, Erhöhung der Gas- und Elektrizitätspreise usw. gemeinsam mit den bürgerlichen

Parteien zu beschließen. Die Unabhängigen müssen wählen: Entweder Linkskoalition in allen Fragen oder überhaupt nicht.

Unsere Aufgabe im bevorstehenden Wahlkampf ist unter diesen Umständen eine besonders schwierige. Wir müssen der erwerbs-tätigen Bevölkerung Berlins klar machen, daß ihr Heil nicht in der Rückkehr zur bürgerlichen Oligarchie und engherzigen Interessentenwirtschaft liegt, sondern daß die bisherigen schützern Versuche einer fortschrittlichen, sozialistischen Gemeindepolitik konsequent fortgesetzt und ausgebaut werden müssen. Soll diese Politik Erfolg haben und den Interessen der Gesamtbevölkerung dienen, so muß sie allerdings auf eine sichere Grundlage als bisher gestellt werden, d. h. sie muß auf eine wirklich sozialistische Mehrheit gestützt werden, zu der die Kommunisten nicht gerechnet werden können. Es darf den bürgerlichen Parteien trotz Rehabilitierung ihres letzten furchtsamen Mittäufers durch Erweckung des Notkollers nicht gelingen, in der neuen Berliner Stadtverordnetenversammlung ein von den Deutschnationalen beherrschte Mehrheit zu schaffen.

Wir müssen die Unabhängigen im Wahlkampf zu einem klaren Bekenntnis zu verantwortlicher sozialistischer Politik, frei von agitatorischer Phrase, zwingen und wir müssen allen Wählern klar machen, daß eine auf dem Boden der Wirklichkeit stehende sozialistische Gemeindepolitik nur gesichert ist, wenn ihre Führung einer starken SPD.-Fraktion in die Hand gegeben wird.

Franz Krüger.

Die „Königlich-Kaiserlichen“ am Pranger.

An den Pranger stellen sich selber die Behörden und Privatpersonen, die hartnäckig die Erinnerung an die gewesene „Königlich-Kaiserliche“ Herrlichkeit in ihren Stempeln, Briefpapieren, Plakaten, Hausinschriften usw. konservieren. Aus unserer Sammelmappe, die infolge zahlreicher Zuschriften aus unserem Leserkreise niemals leer wird, wollen wir hier wieder eine lustige Veröffentlichung. Die Übergabe sämtlicher uns zugehenden derartigen Mitteilungen wäre bei dem Raummangel unmöglich.

Daß in der Beseitigung solcher Reliquien der monarchischen Zeit die Postverwaltung sich besonders tätig zeigt, haben wir oft gesagt. Aus Berlin-Friedenau wird uns gemeldet, daß dort noch dieser Tage eine Postausweiskarte mit dem Stempel „Kaiserl. Deutsches Postamt“ ausgegeben wurde. Ein in Frankfurt a. M. wohnender Leser sandte uns vor kurzem einen Poststempel vom 24. Juni 121, der noch die Angabe „Oldenburg (Großherzogtum)“ enthält. Uns fehlt ein parlamentarischer Ausdruck, die Dreistigkeit der Weiterbenutzung dieses Stempels zu kennzeichnen. Aber neben der Postverwaltung kann auch die Eisenbahnverwaltung sich sehen lassen. In Berlin hängt auf dem Bahnhof Alexanderplatz ein Fahrplan vom 1. Juni 1921, dessen Uebersichtstafel noch ein „Herzogtum Gesamtlandshens „Großherzogtum Oldenburg.“ Soll man sich da wundern, daß die Eisenbahnverwaltung ältere Plakatschilder, die noch von einer „Königlichen Eisenbahndirektion“ unterzeichnet sind, immer noch nicht beseitigt hat? So etwas begründet man gern mit „Spar-samkeit“, und denselben Grund wird wahrscheinlich die Augenklammer der Universität Königsberg anführen, die sich auf einer uns vorgelegten Zahlkarte noch als „Königlich“ bezeichnet. Ein Bekannter an es sein, daß auf einer Postkarte des Landrats amtes Schleswig in dem gedruckten Kopf noch ein „Königliches Landratsamt“ genannt wird, während in der gleichfalls gedruckten Unterschrift bereits schiefweg von der „Registrierung des Landratsamts“ die Rede ist. Aber kein Versehen ist es, daß in Berlin an dem Leihhaus in der Linienstraße über der Tür noch die Inschrift „Königliches Leihhaus“ prangt und ein neben der Tür hingelagertes Schildchen gleichfalls auf ein „Königliches Leihhaus“ hinweist, während Plakate an anderen Stellen des Grundstückes das Leihhaus schon als staatlich bezeichnen. Ein Leser macht uns darauf aufmerksam, daß auch die Regierung in Hildesheim und das Amisgericht in Goslar durch Hausinschriften noch als „Königlich“ bezeichnet werden. In Berlin soll auch die Sternwarte noch „Königlich“ sein, behauptet ein Hammer noch nicht korrigiertes Plakat an den Normaluhren. In dieser ehemals „Königlichen Haupt- und Residenzstadt“ gibt es auch noch Leute, die sich den Hoflieferantentitel nicht abgewöhnen können. Der Photograph Bieber in der Leipziger Straße nennt sich in einer Fensterinschrift noch Hofphotograph, die Metallwarenfirma

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

Und auch darin unterschied er sich von den anderen, daß ihn der dürftige Rock des Behrens nicht im mindesten anstößt, daß er ihn mit höflichster Selbstverständlichkeit hinnahm, als wüßte er, daß sich hinter ihm sehr wohl ein großer Reichtum, der gleichwertig machte, verbergen konnte, wie ja im Gegensatz dazu auch oft unter dem blühenden Äußern eines Prinzen graues Elend angstvoll lauern konnte.

„Bitte,“ sagte er zu Behrens, „mit wem habe ich die Ehre?“

„Behrens,“ gab der Besucher einfach zur Antwort.

„Ah,“ meinte Mannheimer mit einem leichten Reigen des Kopfes, „Herr Konsul Erikson in Hamburg hat mir Ihre wegen schon empfehlend geschrieben. Was führt Sie zu mir?“

Der Mann war ebenso undurchsichtig, wie sich Behrens vorbehaltlos offen zu geben schien, der nun kurz erklärte, warum er bitte.

„Reisner?“ fragte Mannheimer, „oh, — ein vornehmer, reicher und mächtiger Mann!“

Er sagte es mit stolzer Anerkennung, die sich zugleich verbeugte, die eine leichte Verbeugung machte, die in ihrer vorbehaltlosen Hochachtung doch einen Zug kalter Ironie hatte.

Behrens hatte die Gabe, durch Mauern hindurchzusehen. Das Herz dieses mit Liebenswürdigkeit umpanzerten Menschen lag offen vor ihm. Er wußte, daß Reisner hier ein Urteil gesprochen war.

Und Mannheimer? Er, dem nie eine Information fehlte, hatte sich auch in diesem Fall gründlich unterrichtet. Die Angelegenheit Reisner-Lucie Blümler-Behrens war ihm längst in allen ihren Einzelheiten vertraut.

Hier sah einer, der die ersten Fühlhörner ausstreckte, um sich zu rächen, einer dessen Rache ernst zu nehmen war, weil er mehr als genug Geld hatte, sie durchzuführen. Mannheimer lag kein Gedanke ferner als der der Rache, und doch trafen sich die Absichten beider in dem einen Punkt: Reisner zu ruinieren. Dem einen brachte das Geld, dem andern Freude.

Behrens kannte die Gedanken Mannheimers und freute sich ihrer. Sie dienten seinen Zwecken. „Reisner ist ein sehr vielseitiger Mensch,“ sagte er, „es ist erstaunlich, wie vielerlei er schon mit Glück und Tapferkeit vollbracht hat. Er scheint auf sehr festen Füßen zu stehen.“

„Jeder Mensch weiß das,“ bestätigte Mannheimer wieder, „es ist allgemein bekannt.“

„Und jetzt, — jetzt plant er . . . etwas recht Großes?“

Mannheimer lächelte heifällig, denn es imponierte ihm, daß dieser unscheinbare Mann soviel wußte. „Ja,“ bestätigte er wieder ruhig.

„Es ist eine Sache, mit der er steht und fällt, — ja, auch vielleicht fällt . . .?“

Gewiß, gewiß, dachte Mannheimer, und seine Freude stieg noch. Es war ganz klar, daß Behrens völlig im Bilde war. Mannheimer rieb sich im Geist die Hände.

„Aber er wird viel Geld dazu brauchen,“ sagte Behrens, „ja, sehr viel Geld . . . Werden Sie es ihm geben?“

„Gegen Deckung, gewiß.“

„Gegen Deckung und hohe Zinsen?“

„Gegen einen Prozentsatz, der das Ueßliche in keiner Weise übersteigt,“ sagte Mannheimer, „natürlich . . .“

„Und Ihr Verdienst,“ fragte Behrens ohne jede Anzüglichkeit im Ton, — denn es ist doch fraglos, daß Sie viel dabei verdienen wollen?“

„Ich vermittele das Ganze,“ antwortete Mannheimer bescheiden und doch gar nicht verbergend, daß er etwas vermittelte, das nur ihm Vorteil brachte.

Behrens nickte und schien zufrieden. „Welche Deckung werden Sie verlangen?“ fragte er.

Mannheimer sah ihn heiter an, als wünsche er ihm zu zeigen, daß es doch unnötig sei, wenn Behrens sich in übertriebener Weise verstecke. „Wissen Sie das nicht?“ fragte er spöttisch.

„Frau von Marisch?“ fragte Behrens ruhig.

„Ja.“

„Deren Unterschrift wünschen Sie als Deckung?“

„Natürlich.“

„Und wenn sie sie nicht gibt? . . . Es handelt sich doch um — anderthalb Millionen?“

„Sie ist eine Frau,“ sagte Mannheimer mit Sarkasmus, „und sie wird sich deshalb nicht weigern.“

„Aber die Unterschrift könnte auch falsch sein,“ fuhr Behrens trocken fort, „werden Sie sie genau prüfen?“

Mannheimer sprang überrascht auf. Er war auf das überrascht. Die Sache nahm eine Wendung, an die er nicht im blassesten Traum gedacht hatte. „Wie?“ rief er aus.

„Werden Sie sie genau prüfen?“ wiederholte Behrens gleichmütig seine Frage.

Mannheimer, war blaß. „Selbstverständlich,“ sagte er und machte den vergeblichen Versuch, seine Erregung zu verbergen.

„Das sollen Sie nicht tun,“ meinte Behrens freundlich, „nein, gerade das nicht . . ., und ich bin hier, Sie darum zu erfuchen.“

Der andere starrte ihn entgeistert an. „Nicht —?! Und mein Geld, — soll ich es verlieren —?!“

Behrens schüttelte den Kopf und lächelte nun seinerseits spöttisch. „Durchaus nicht, das mude ich Ihnen nicht zu. Ich bin bereit, Ihnen die falsche Unterschrift, wenn sie erfolgt, abzukaufen.“

Mannheimer ordnete, um sich zu beschäftigen, die Papiere auf seinem Schreibtisch. Er wollte einige Minuten Zeit gewinnen. Er schämte sich, denn er sah, daß er sich hatte über-rumpeln lassen. Zum Teufel, jener war nicht nur in die Pläne anderer eingeweiht, nein, er hatte auch seine eigenen Pläne, die er verbarg.

Endlich hatte er sich gefaßt. „Sie würden mir die gefälschte Unterschrift abkaufen, — für den vollen Betrag?“

„Ja.“

„Warum?“ fragte Mannheimer und meisterte nun nicht länger sein grenzenloses Staunen.

Behrens sah ihn lange kühl an, in einer Weise, die den Bucher zwang, nachzudenken. Und langsam und mit Bedöpfung sagte er dann: „Ach — brauche — sie!“

„Sie brau —?“

„Ja,“ nickte Behrens energisch, „sie ist mir erwünscht.“

Da begriff jener endlich. Die Einsicht kam ihm mit solcher Jähheit, daß er in die Höhe fuhr und den anderen sprachlos ansah, als habe er ein Wunder vor sich. „Und das,“ stammelte er, „das — wollen Sie sich . . . anderthalb Millionen kosten lassen?“

„Ja,“ sagte Behrens in geschäftsmäßigem Ton und holte ein Papier aus der Rocktasche, das alle für den Fall nötigen Erklärungen durch Unterschrift bindend machte. „Wird Ihnen das genügen?“

Mannheimer nahm das Papier an sich und bog sich damit zum Fenster, um es zu lesen. Es zitterte ein wenig in seiner Hand. Er zögerte eine Weile, als überlege er, doch es war das alles nur Spiel. Dann kehrte er an den Tisch zurück und erklärte: „Es genügt mir.“ (Fortsetzung folgt.)

3. Internationale Friseurgehilfenkonferenz.

Reichenberg, den 10. August 1921.

Die Verhandlungen des zweiten Tages wurden vollständig ausgefüllt mit der Beratung über das Programm der Friseurgehilfen-Union. Es sprachen hierzu Christensen-Kopenhagen, der Vorsitzende des dänischen Verbandes; Niels Hansen, Kopenhagen; Schubert, Wien, Obmann des österreichischen Verbandes; Lorenz, Berlin, Vorsitzender des deutschen Verbandes; Sommer, Breslau; Hakansson, Stockholm, Vorsitzender des schwedischen Verbandes, und Frabe, Prag. Die Debatte drehte sich insbesondere um die Ausgestaltung der Organisation bzw. um die Frage, ob die Organisationen der Friseurgehilfen sich den Verbänden der Bekleidungsindustrie anschließen sollen — wie in der Schweiz und Deutsch-Tschechien — oder aber, ob sie ihr Organisationsgebiet erweitern sollen durch Anschluß der Rasseure, Krankenpfleger und der Angestellten in Badeanstalten, wie es in Dänemark geschehen ist. Die Vertreter der deutschen Organisation erklärten gegenüber dem Verlangen, die Verbände nach dänischem Muster zu erweitern, daß dem die besonderen Verhältnisse jedes einzelnen Landes entgegenstehen und es nicht in der Macht der Friseurgehilfen liegt, die Sanitätsarbeiter zu ihrer Organisation allenthalben heranzuziehen. Die Konzentration der gewerkschaftlichen Organisation bringe es mit sich, daß die Organisationen der Friseur-Anschluß suchen müssen, wofür in erster Linie die Verbände der Bekleidungsindustrie in Frage kommen. Den Begriff der Schutzkonkurrenz wollen die skandinavischen Verbände nicht gelten lassen. Man einigte sich darauf, das Wort aus dem Programm zu streichen. Auch die Forderung der Einsetzung amtlicher Schlichtungsstellen mit Verhandlungszwang wurde abgelehnt. Gefordert wird, nach dem dänischen Vorschlag, daß bei der Festsetzung der Bedienungspreise im Friseurgewerbe außer den Ge-

schäftsinhabern auch die Friseurgehilfen und die Vertreter des Publikums (der Arbeiter- und der Angestelltenorganisationen) zu beteiligen sind, wie es in Dänemark bereits geschieht.

Bei Beginn der Nachmittagsitzung gab Schubert-Wien den Bericht über die Rassenrevision. Er stellte fest, daß die Rasse in Ordnung befunden wurde, sich jedoch ergab, daß die bisherigen, 1907 festgelegten Beiträge zu niedrig sind. Beschlossen wurde, den Kassierer zu entlasten. Kollege Cordier, Paris, Sekretär des dortigen Syndikats, holte die mündliche Ergänzung seines Berichts nach erfolgter Uebersetzung nach.

Eine besondere Debatte entspann sich über die Errichtung korporativer Friseurbetriebe durch die Gewerkschaften bzw. die organisierten Gehilfen.

Mit der Abstimmung über den Programmwurf, der nach einigen Abänderungen angenommen wurde, endeten die heutigen Verhandlungen.

Die wichtigsten Punkte des Programms werden wir im Schlussbericht hervorheben.

Die Internationale der Privatangestellten.

Gestern trat in Wien der Kongress des Internationalen Bundes der Privatangestellten zusammen. Auf ihm waren vertreten Oesterreich, Deutschland, Dänemark, Schweden, Holland, Frankreich, England, die Schweiz und Portugal. Der Vorsitzende der Internationale Urban-Berlin eröffnete den Kongress, der von Fimmen im Namen des Internationalen Gewerkschaftsbundes und vom Bürgermeister Kollmann im Auftrage der Stadt Wien begrüßt wurde.

Auf dem Kongress soll eine endgültige Konstituierung der Internationale und die Festsetzung der Sagun-

gen erfolgen. Sehr ausgiebig wird man sich auch mit der sozialen Befreiung beschäftigen.

Nach einem Bericht der „Freiheit“ soll der Zweck des Internationalen Bundes der Privatangestellten erreicht werden durch die Herstellung von Verbindungen zwischen den verschiedenen nationalen Organisationen und die Errichtung von Verbänden in solchen Ländern, in denen Angestelltenorganisationen noch nicht bestehen. Ferner sollen alle Bestrebungen, die auf die Schaffung einer einheitlichen Organisation für die Angestellten, technischen Beamten und Werkmeister hinauslaufen, gefördert werden. Dann sollen Erhebungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen und über die für die Angestellten geltenden gesetzlichen Bestimmungen angestellt werden. Mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund und den verschiedenen internationalen Berufssekretariaten sollen regelmäßige Verbindungen hergestellt werden.

Briefkasten der Redaktion.

S. R. 1902. 1. und 2. Rein.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Laxin-Konfekt
Ärztlich empfohlen bei
Darmträgheit, Hämorrhoiden.

Stoffe für Herren- u. Damen-Bekleidung
Aparthe Neuheiten Verkauft meterweise
Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstraße 20-21

HEGAR ZIGARETTEN

Fabrik
Berlin N 37.
Telephon:
Nord. 10799

In der Morgenstunde



Damenhemden aus feinem und sehr elastischem Trikotgewebe, sehr lang u. mit Aermeln M. 17	13 ⁰⁰	Herrenhemden Vigogna, in sehr guter Qualität mit mod. Perkal einseitig in allen Größen M.	27 ⁰⁰
Damenhemden aus weißem Hemdentuch in gut. Friedenstauchel M.	24 ⁰⁰	Herrenunterhosen graues Trikotgew. in allen Größen M.	4 ⁰⁰
Damen-Reformhosen blau, in schwerer Qualität, f. Herbst und Winter	35 ⁰⁰	Herrenunterhosen gutes, schwarzes Trikot-Gewebe, in allen Größen M.	8 ⁰⁰
Damen-Handschuhe Zwirn, in modernen Farben	3 ⁹⁰	Herren-Unterhosen weißes Nessel, vorzügliche Ware M.	13 ⁵⁰
Damenstrümpfe schwarz, fein Baumwollgewebe	4 ⁷⁵	Filzhüte in modernen Farben und Fassons	27 ⁰⁰
Damenstrümpfe in schwarzem u. braun, sehr guten Baumwollgewebe mit verstärkter Spitze u. Ferse M.	5 ⁷⁵	Stepphüte in modernen Formen	18 ⁰⁰
Damenstrümpfe in schwarz und braun	7 ⁵⁰	Hosenträger gutes Gummiband, mit Lederpatton	6 ⁵⁰
Kinder-Sweater Mako, in modernsten Farben	8 ⁰⁰	Herrensportkragen Gr. 38-39 M. 2.50	1 ⁵⁰
Erstlingshemden aus Nessel	1 ²⁰	Herrensocken grau, sehr gute Qual. M.	3 ⁷⁵
Weisser Batist feinfädiges Gewebe, für Damenhemden u. Blusen gezeugt, das Meter	7 ²⁰	Herrensocken in all. Farb. mit verstärkter Ferse und Spitze	5 ⁷⁵
Hemdentuch gute, kräftige Qualität, Meter	8 ⁵⁰	Hosen gestreift, sehr gute Stoffe M. 200 170 150 90 55 44	40 ⁰⁰
Halbleinen 150 cm breit, glatt, sehr haltb., Friedenstauchel, 4. Mtr. M.	32 ⁰⁰	Feldgraue Militärhosen . . M. 108 95	85 ⁰⁰
Fancy graues halbhohes Futterstoffgewebe, 70 cm breit	9 ⁵⁰	Jünger-Sweat. I. blau u. grau, I. vorstügl. Beschaffenheit	7 ⁰⁰
Badeanzüge I. Herren, Damen u. Kinder, in schwarzem Trikot mit bunter und weisser Einfass., Gr. 60, M.	17 ⁰⁰	Marine-Sweater für Jünglinge, kl. Gr. von M.	17 ⁰⁰
Vigogne-Jacken für Herren und Damen, sehr gute Qualität M.	21 ⁰⁰	Jünglings-Anzüge bestehend a. Joppe u. Hose M. 40 38 36	34 ⁰⁰
Herrenhemden grau Trikot	9 ⁰⁰	Anzug-, Ulster-, Hosenstoffe 140 cm breit, sehr haltbare Ware Serie I Serie II M. 25, Serie III M. 33, Serie IV M. 45, Serie V von M. 65 an	19 ⁰⁰
Mako-Jacken für Herren, sehr gute Qualität	21 ⁰⁰	Drellanzüge schwere reinl. Ware, grün u. grau, gut verarbeitet 110.00	98 ⁰⁰
Herren-Netzjacken	11 ⁵⁰	Segeltuch-Peterinen imprägniert, graue weiterfärbige Ware, je nach Länge M. 90, 85.	80 ⁰⁰
Herren-Oberhemden aus gutem Perkal, mit Klapp-Manschetten und passendem Kragen	65 ⁰⁰	Gummi-Mäntel für Herren u. Damen	250 ⁰⁰
Herrenhemden Vigogna, in sehr gut. Qual. in allen Grösa. M. 24.00.	21 ⁰⁰		

BAER SOHN

Berlin nur Chausseestrasse 29-30

Ann. Unsere Angebote sind stets freibleibend. Aufträge von außerhalb werden in der Reihenfolge des Einganges ausgeführt.

KVG Kleider-Vertrieb G. m. b. H.

Hauptgeschäft: Kommandantenstrasse 80-81
2. Verkaufsstelle: Osten, Warschauer Str. 33
3. „ Lichtenberg, Frankfurter Allee 82
4. „ Neukölln, Bergstrasse 29

Besonders günstige Angebote für den Herbst.

Herren-Anzüge 130, 175, 225, 315	Damen-Kostüme 80, 150, 250, 290, 310
Herren-Anzüge elegante Maßverarbeitung 562 ⁰⁰ , 625 ⁰⁰ , 650 ⁰⁰	Damen-Blusen 16 ⁵⁰ 19 ⁵⁰ 22 ⁵⁰ 24 ⁵⁰
Herren-Schlüpfer 575 ⁰⁰	Damen-Röcke blau, schwarz und farbig 22 ⁵⁰ 28 ⁰⁰ 58 ⁰⁰ 68 ⁵⁰
Herren-Uebergangs-Paletots . 110 ⁰⁰	Baby-Kleidchen 10 ⁵⁰
Herren-Hemden mit Einsteck 35 ⁰⁰	Knaben-Spiel-Anzug . . . 12 ⁵⁰ 14 ⁵⁰
Herren-Hemden, weiß 42 ⁰⁰	Damen-Hemden . . . 19 ⁵⁰ 35 ⁰⁰ 39 ⁷⁵
Herren-Hemden, Flanel 28 ⁰⁰	Damen-Unterröcke weiß mit Stickerei 49 ⁵⁰ 51 ²⁵
Herren-Hemden, Normal 24 ⁰⁰	

Als ganz besonders preiswert empfohlen wir unsoren Anzug Nr. 10 140⁰⁰
Enorm billig. Blau und schwarz Cheviot-Kostüme mit Halbseidenfutter . . . 210⁰⁰

Herren-Unterhosen grau Trikot . . 4 ⁵⁰	Herren-Hosen gestreift u. farbig 43 ⁰⁰ 53 ⁰⁰
Herren-Unterhosen weiß Körper-Nessel 20 ⁵⁰	63 ⁵⁰ 83 ⁵⁰ 87 ⁵⁰ 113 ⁷⁵ 187 ⁵⁰
Militär-Joppen wie-ler Instand gestat 12 ⁵⁰ 13 ⁵⁰	Knaben-Leibchen-Hosen instand gestat, aus Militärestoff 9 ⁷⁵ 10 ⁷⁵ 12 ⁵⁰
Kinder-Trikots aus Altmaterial 3 ⁹⁰ 4 ⁵⁰ 6 ⁵⁰	Kinder-Hemdchen 1 ²⁵ 1 ⁷⁵

Enorm billiger Stiefelverkauf!

Herren-Stiefel naturfarbig und schwarz 125 ⁰⁰	Kinderstiefel in Waschleder-Ausführung, Größe 27-28 28 ⁵⁰ 35 ⁰⁰
Herren-Stiefel schwarz Cheviot, mit und ohne Lackkappe 125 ⁰⁰	Kinderstiefel in Waschleder-Ausführung, Größe 29-30 5 ⁰⁰
1 Post. Herren-Stiefel 78 ⁰⁰ 82 ⁰⁰ 100 ⁰⁰ 125 ⁰⁰	Kinderstiefel in Waschleder-Ausführung, Größe 31-35 70 ⁰⁰ 92 ⁰⁰
Damen-Stiefel 90 ⁰⁰ 110 ⁰⁰ 128 ⁰⁰	Kind.-Segeltuchschuhe 37-50 10 ⁰⁰ 12 ⁰⁰ 13 ⁵⁰
Damen-Halbschuhe 78 ⁰⁰ 82 ⁰⁰ 90 ⁰⁰ 125 ⁰⁰	Kinder-Segeltuchschuhe . 31-35 16 ⁵⁰ 15 ⁰⁰
mit und ohne Lackkappe	Herren-Segeltuchschuhe . . . 15 ⁰⁰ 53 ⁰⁰
Kinderstiefel in Waschleder-Ausführung Größe 33-36 35 ⁰⁰	

Verkaufsstelle der Erzeugnisse der städt. Blindenanstalt

Bekanntmachung.
Die städt. Aufsichtsvollmacht Falkenberg bei Berlin verkauft
Wirtschaftsobjekt
erstmals ab 11 Uhr im Falkenberg im Reiterhaus
am 2-6 Uhr.

Kleide Dich billig, elegant! im Leihhaus Moritzplatz 58a

Jackett-Anzüge, Cutaways, Ulster teils auf Seide, jetzt 400-500 M. Gummimäntel, Damen-Kostüme, -Mäntel, Teppiche, Wäsche, Gardinen enorm billig! Nach beend. Saison 80% billiger! Kreuz-, Zobel-, Blau-, Weiß-, Silberfärbige. Keine Lombardw.

Soeben erschienen
G. Sinowjew
Soeben erschienen
Die Kämpfe der Kommunistischen Internationale
Bericht über die Tätigkeit der Exekutive, gegeben auf dem III. Weltkongress der Kommunistischen Internationale, Moskau, Juni 1921
107 Seiten Preis brosch. 1,50 M., geb. 6 M.
Zu beziehen durch
Verlagsbuchhandlung Carl Hoym Nachf., L. Cahnbley, Hamburg VIII
und durch alle Buchhandlungen und Auslieferungsstellen der VKPD.

Brillanten, Juwelen
kauft auch ganze Nachlässe besonders große Posten gute Ware, zum höchsten Kurs
Amsterdamer Diamantenschleiferlei
Gegr. 1892, 100 Friedrichstr. 100

Garderobe
auf bequemste Teilzahlung
HERREN- | DAMEN-
Anzüge, Hosen, Paletots, Kostüme,
Sport-Paletots, Röcke, Kleider.
Burschen-Anzüge
Gute Ware - Solide Preise - Große Auswahl
M. Beiser, Lothringer Str. 67

Stadt bekannt billig
sind unsere Preise für bekannt erstklassige, nur in
Schuhwaren
Unser populäres Verkaufssystem gibt jeder sparsamen Familie Gelegenheit, sich für billiges Geld mit guten und eleganten Schuhen zu versehen
Rest- und Einzelpaare bedeutend unter Preis
Ein Posten Halbschuhe hochbeleg. Formen und beste Lederverarbeitung, 92,50, 79,50 49⁵⁰
Randgen. Halbschuhe Ein Posten verschiedener Ledersorten sportlich 108⁵⁰
Braune echt Chev. Halbschuhe Hebl. Farb., entzück. Form, 128⁵⁰
Kinderstiefel, sportlich kräft. Leder, sehr wetterfest, 49⁷⁵
Größe 31/35 59,75, . . . 27,50 27,50
la. la. Sandalen reine Leder, Lederarten verarbeitet, Größe 36/42 74,50, 31/35 59,90, 51⁵⁰
27,50 51⁵⁰

Herrenstiefel, Einzelpaare echt Boxind., elegant und stabil, enorm billig 89⁵⁰
Randgenähte Herrenstiefel Einzelp., feinste Ledersort, schönste Form 183,50, 157,50 129⁵⁰
zum Teil Good. Welt, auch Hochschaff mit Laexbesstr., weit unter Preis 148,50, 129,50 87⁵⁰
Turnschuhe mit Ledersohle best. Fabr., weit unter Preis; Gr. 36/42 29,90, 31/35 26,90, 27,50 22⁵⁰
Leder-Hausschuhe I. Damen m. Kernledersohle u. Absatzstück, weit unter Preis 29⁵⁰

Schuhvertriebs-Haus „Alexanderplatz“
P. Gärtner & Co.
Eingang Neue Königstr. 47 hochparterre
direkt am Alexanderplatz Kein Laden

Eingang Neue Königstr. 47 Hochparterre, kein Laden

